

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestimmter: Durch unsere Seiten
bei uns monatlich 2.00 Mark;
bei der Geschäftsstelle abgeholt
monatlich 2.00 Mark; bei der Post
monatlich 2.00 Mark. — Markt-
monatlich 2.00 Mark. —
fernsprech-Anschluß Nr. 83.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum für
Anzeigen aus Auer und dem Gebiet
Erzgebirge. — Markt, auswärts
Anzeigen 1.00 Mark, Anzeigen
monatlich 2.00 Mark. Bei größeren
Anzeigen entsprechende Rabatte.
Anzeigenannahme bis 10 Uhr
des Vormittags.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 246

Donnerstag, den 20. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der amerikanische Senat hat die Friedensverträge mit Deutschland und mit Österreich mit 68 gegen 21 Stimmen und den Friedensvertrag mit Ungarn mit 68 gegen 17 Stimmen ratifiziert.

Die polnische Regierung hat am Montag in Berlin die Aufnahme von direkten Verhandlungen über ein deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen nachgefordert.

Die Interalliierte Kommission der militärischen und Finanzsachverständigen ist wie aus Paris zuverlässig mitgeteilt wird, im Begriff bis spätestens 4. November Vorschläge über die Herabsetzung der militärischen Belastungskosten in Deutschland auszuarbeiten.

Die Gesamtkosten der Interalliierten Besetzung in Oberschlesien betragen bis 1. Oktober 9,8 Milliarden Mark. Deutschland will man hiervon zwei Drittel und Polen ein Drittel auferlegen.

Innerpolitische Folgen der Entscheidung über Oberschlesien.

Von Anton Erkelenz, Düsseldorf, W. d. R.

Der Ausschlag ist vor dem Zusammentritt der demokratischen Reichsopposition geschrieben. Ist also zunächst nur den persönlichen Standpunkt des Verfassers wieder die Rede.

Als im Mai 1919 der Entwurf zum Friedensvertrage vorgelegt wurde, enthielt er die Bestimmungen, daß Oberschlesien an Polen abzutreten sei. Es war einer der wenigen Erfolge, die Brockdorff-Rantzau in Versailles erreichte, daß über Oberschlesien erst nach einer Volksabstimmung entschieden werden sollte. Wenn trotzdem, angesichts des heutigen Ergebnisses aller Klärung in Oberschlesien, eine tiefe Enttäuschung durch Deutschland geht, dann darum, weil 1. die ober-schlesische Abstimmung eine glatte Mehrheit für Deutschland ergeben hätte; weil 2. die Annahme des Londoner Ultimatums zwar nicht formell, aber doch moralisch für viele mit der Annahme verbunden war, daß das ober-schlesische Industriegebiet bei Deutschland verbleiben werde; weil 3. die jetzige ober-schlesische Entscheidung ein neuer Sieg der französischen Machepolitik gegenüber Deutschland ist. Und vielleicht ist das Letztere das Niederdrückendste an der ganzen Entscheidung. Die Reichsregierung, mit der eine Welt über die zukünftigen Parteien hinausgehende Mehrheit des deutschen Volkes die ungeheure Milliardenbelastung des Londoner Ultimatums, ja neuerlich noch die Wiederholungen von sich genommen hat, haben auf das politische Frankreich keinen Eindruck gemacht. In Oberschlesien hat Frankreich keine Macht und Ansehen gegen Deutschland fortgesetzt. Diese Angstpolitik will nicht zugeben, daß Deutschland ein zweites Kohlenbecken, eine zweite Eisenindustrie hat, die nicht unter französischen Kanonen liegen. Vergessen darf man auch nicht, daß der französische Sieg in der ober-schlesischen Frage eine eklantante Niederlage Englands ist. Frankreich beherrscht den europäischen Kontinent. England vermag nicht, Frankreich darin zu behindern.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die deutsche Innen- und Außenpolitik? Niemand kann bestreiten, daß die ober-schlesische Entscheidung ein schwerer Schlag für das Kabinett Wirth ist. Sein bestes innerpolitisches Gehabe war seine Anerkennung im Ausland. Über sie besteht bisher in Worten, nicht in Taten. Gewiß ist das Londoner Ultimatum nicht unter der formalen Bedingung angenommen worden, daß das ober-schlesische Industriegebiet ungeteilt bei Deutschland bleibe. Aber der geistlich-moralische Zusammenhang dieser beiden Dinge ist so offensichtlich, daß Deutschlands innere Politik der nächsten Zeit von dem Mißerfolg stark beeinflusst wird. Es ist kein Zufall, daß nach dem Erzberger-Mord, der die Rechte in die Defensive gedrängt hat, sie jetzt wieder offensiv wird. Fast stets waren es nach Kriegsende außenpolitische Niederlagen, die der innerpolitischen Reaktion das Wasser auf die Mühle leiteten. Ist mit dieser Entscheidung die Wirthsche Politik gerichtet und ist Wirth unmittelbar geworden? Diese Frage darf man nicht allein oder überwiegend aus innerpolitischer Zweckmäßigkeit beantworten. An sich war die Wirthsche Erfüllungspolitik im Mai d. J. nichts Neues. Seit Ludendorff die Regierung aufgefordert hat, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, hat Deutschland Erfüllungspolitik betrieben. Von der Ableitung der 5000 Lokomotiven,

der 150 000 Eisenbahnwagen, über die ausgelieferte Handelsflotte, über die Abtretung des Saargebiets, des westpreussisch-polen Gebiets usw. bis zur Unterschrift unter das Londoner Ultimatum, bis zur Zahlung der ersten Goldmilliarde: immer steht sich unter wechselnden Kabinetten und Regierungsmehrheiten eine gleiche Linie der Erfüllungspolitik. Und wenn Frankreich entschlossen ist, sich um den Versailler Vertrag zu halten, wenn es nicht die Absicht hat, immer neues in ihn hinein zu interpretieren (alles Mißtrauen in dieser Hinsicht ist angebracht), dann müßten wir jetzt bald am Ende der Überraschungen stehen. Die Wendung, die Wirth in die deutsche Politik hineinbrachte, lag an folgendem: Unter dem Kabinett Lehrenbach-Simons hatte die französische Forderungspolitik gegen Deutschland eine Stimmung erzeugt, die sagte: alle Opfer haben keinen Zweck, Frankreich will Deutschlands Ruin. Was es ihn, damit aber auch seinen, haben. Und in diese Verzweiflungssituation griff Wirth ein, um die seit dem 5. Oktober 1918 betriebene Politik mit neuem Schwung weiterzuführen. Schon aus diesem Zusammenhang ergibt sich, daß in dieser Politik Oberschlesien zwar ein sehr wichtiger Teil, aber nicht der einzige entscheidende Inhalt ist.

Nach der ober-schlesischen Entscheidung macht sich die erwähnte Verzweiflungssituation erneut stark bemerkbar. Darf man ihr nachgeben? Man hätte es dadurch am 11. November 1918 (Waffenstillstand), am 22. Juni 1919 (Friedensschluß) und am 12. Mai 1921 (Ultimatum). Ein solcher Tag kann wieder kommen, viele glauben, er komme gewiß. Heute ist er nicht da. Die Erfüllungspolitik, von der wir — abgesehen von den Milliardenzahlungen — jetzt kaum Gehör hinter uns haben, muß weiter geföhrt werden, bis die öffentliche Meinung der Welt und nicht bloß wir die Erfolglosigkeit erkennen und dann Frankreich moralisch isoliert. Der Herr Reichsminister in London, in New York ist ein überaus feiner Herr, der die ober-schlesische Entscheidung und die deutsche Erfüllungspolitik an andere Wege wandeln. Heute heißt Erfüllungspolitik beschleunigter Abbau der inneren Unmoralischen des Londoner Ultimatums. Und zu dieser Politik ist Wirth, gerade vermöge seiner bisherigen Politik, besser imstande als irgend ein anderer. Und mit ihm sein Kabinett. Gerade er hat heute das moralische Recht, Änderungen, Erleichterungen zu verlangen, weil er versucht hat, das Mögliche frei zu geben. Ob er sich selber diese Kraft zutraut, ob er glaubt, daß seine moralische Stellung stark genug sei, ob er sich noch weiter opfern will einer Sache, die bestenfalls undankbar ist, das sollte ganz allein er und sein Kabinett entscheiden. Bejaht er diese Frage, so sollten die alten und neuen Regierungsparteien ihm weiter folgen. Lieber eines sollte man allerdings nicht hinzusetzen nämlich ob wir uns weiter so viele Kabinetswechsel leisten können wie bisher? Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, ist das Kabinett Wirth das sechste Ministerium in 31 Monaten. Jedes Ministerium hat also eine Durchschnittsdauer von nur fünf Monaten gehabt. Wir stehen da noch weit unter den französischen Zuständen, aber die man ehemals bei uns heiligt hat. Daß die Rechte diese Zustände agru will, soll ihr hier nicht verübelt werden. Wohl aber kann man bezweifeln, ob die Republikaner ein Interesse daran haben, einen solchen deutsch-nationalen Wunsch zu unterstützen. Die Wirthsche Politik ist durch die ober-schlesische Entscheidung stark beeinträchtigt, aber sie ist nicht gescheitert und steht nicht ohne neue Ziele den zukünftigen Aufgaben gegenüber. Weder in seiner Person noch in denen der Kabinettsmitglieder liegt ein Grund, mit anderen Personen dieselbe Politik zu machen. Ein Ministerwechsel ohne schwerwiegende sachliche und persönliche Notwendigkeit ist abzusehen. Wir können es uns nicht erlauben, alle fünf Monate ein Dupend Männer als verbraucht in die Ecke zu stellen.

Verkürzung des Wegs zwischen Erzeuger und Verbraucher.

W. In einer Besprechung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Hoffmann wurde die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen auf Grundlage der freien Wirtschaft besprochen. Während der Kriegswirtschaft war bereits die Lösung der Frage der unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen, insbesondere zum Zweck der Ausschaltung aller unnötigen Zwischenglieder sowie des unreeellen Handels, dringlich gefordert worden. Über die Bildung genossenschaftlicher Erzeugerorganisationen, die zu diesem Zweck gefordert wurde,

stieß auf stärksten Widerspruch und ist heute nach dem Abban der Zwangswirtschaft und Bürokratisierung der Lebensmittelversorgung ganz unmöglich. Es konnte aber der Weg der gegenseitigen Verständigung zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen beschritten werden. Und das ist mit Erfolg geschehen von den großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen und den Konsumgenossenschaften, trotzdem nicht zu verkennen ist, daß während des Abbaues der Zwangswirtschaft manche Hindernisse den vielseitigen Versuchen, durch unmittelbaren Geschäftsverkehr den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher abzukürzen, entgegenstanden. Die Sachverständigen aus landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaftlichen Kreisen erstatteten ein eingehendes Bericht über die Erfolge und Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die Vorbedingungen dazu gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands arbeitsersparnis auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erfordert, günstiger als je sind. Dies treffe insbesondere für den Verkehr mit Kartoffeln, Weizen, Milch und Milchprodukten zu. Die Frage der Abkürzung des Wegs vom Erzeuger zum Verbraucher beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse müßte in der Hauptsache innerhalb der einzelnen Bezirke, Provinzen und Landesteile gelöst werden. Dazu aber sollten sich die Verbraucherorganisationen aller Art mit den Erzeugerorganisationen in Verbindung setzen, um eine möglichst rasche Geschäftsabwicklung, insbesondere beim Verkehr mit leicht verderblichen Waren, zu ermöglichen. Ferner müßte innerhalb größerer Bezirke bei manchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen — so bei Kartoffeln und Weizen — ein Ausgleich geschaffen werden, wo in den einzelnen Bezirken und Provinzen die benötigten Waren nicht in genügender Menge vorhanden wären. Um die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen zu fördern, wolle die Vertreter der Erzeugerorganisationen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften erneut in diesem Sinne auf ihre Unterorganisationen einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

Die Stellung des Kabinetts Briand.

W. Wenn die Regierung Briand in diesem Augenblick vor die Kammer tritt, deren Vertreter vor wenigen Tagen in Paris erneut zusammengekommen sind, so ist die Stellung des Kabinetts Briand nach den Ereignissen zu beurteilen, die sich in der Zwischenzeit vollzogen haben. Das Kabinett Briand wäre nicht in der Lage gewesen, sich zu halten, wenn die französische Politik in der ober-schlesischen Frage eine Schlappe erlitten hätte. Briand aber hat, was die Entscheidung über Oberschlesien angeht, einen vollen Erfolg gehabt, davon können auch einzelne oppositionelle Medien nichts ändern. In der Zwischenzeit ist weiter das Wiesbadener Abkommen unterzeichnet worden. Dieses Abkommen, das ja auch in der französischen Presse beifällig aufgenommen worden ist, stellt ebenfalls einen Erfolg dar, den Briand für sein Kabinett buchen kann. Da aber die außenpolitischen Gesichtspunkte und insbesondere das Verhältnis zu Deutschland für die Stellung der französischen Regierung ausschlaggebend sind, so darf man zur Stunde wohl die Stellung Briands als gefestigt ansehen. Briand selbst, der ja immer ein ausgezeichneter Taktiker gewesen ist, läßt sich denn auch so stark, daß er die in der ersten Sitzung der Kammer zu Tage getretenen Mängel der extremen Nationalisten energisch abgewehrt hat und erklärte, wenn die Kammer eine Politik der Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland wünsche, die zu einer Isolierung Frankreichs von den übrigen Verbündeten führen würde, so möge sie es klar aussprechen und alle Konsequenzen daraus ziehen. In diesem Falle würde es Briand anderen überlassen, die Politik durchzuführen, die die Kammer wünscht. Seine Erklärung fand lebhaften Beifall auf der linken, und dieser Beifall läßt immerhin vermuten, daß der nationale Block in seiner Einheit nicht mehr so besteht wie im Jahre 1919. Das ist indessen kein Hoffnungszeichen für Deutschland, denn es ist ja klar, daß dieser Block heute nicht mehr im unermesslichen Festhalten an den rechtslinken Politik machen kann, die im Jahre 1919 aufgestellt worden sind. Wenn sich auch gewisse Befreiungs- und Loslösungserklärungen bemerkbar gemacht haben, so dürfte doch die Ablösung des nationalen Blockes durch einen Einbruch noch in sehr weitem Maße liegen. Die weitere Entwicklung der französischen Politik wird sehr wesentlich von der Washingtoner Konferenz abhängen. Wird im Verlauf dieser Konferenz das englisch-französisch-amerikanische Garantieabkommen vernichtet oder durchlöchernt werden, so würden zweifellos gewisse Hoffnungen auf eine Verständigungspolitik, die in den verständigen fran-